

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

84 (8.4.1952)

ETTlinger ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 2.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Dienstag, den 8. April 1952

9tr. 84

Lehrs gepanzerte „Sorgenkinder“

Bonn (UP). Die zuständigen deutschen Stellen sehen sich genötigt, weitere acht bis zehn Straßenpanzer aus amerikanischen Beständen zu kaufen, um sie „ausszuschlachten“ und mit ihren Einzelteilen die sechzig Straßenpanzer betriebsfähig zu machen, die kürzlich für den Bundesgrenzschutz erworben wurden. Diese sechzig Panzer aus alten amerikanischen Heeresgut wurden zu „Sorgenkindern“ der Reparaturwerkstätten, die vorläufig jede Woche nur vier Panzer überholen können, weil keine Ersatzteile erhältlich sind. Auf die Frage nach der voraussichtlichen Geschwindigkeit der Fahrzeuge antwortete ein Fachmann: „Das hängt von den Panzern selbst ab“.

Der „teure Genosse“ der KPD

Düsseldorf (UP). In einer im KPD-Organ „Freies Volk“ in Düsseldorf veröffentlichten Adresse verurteilt das Sekretariat des Parteivorstandes dem Generalsekretär des Zentralkomitees der Partei der Bolschewiki, Joseph Stalin, die KPD sei bemüht, rascher als bisher zu einer Partei neuen Typs zu werden, um, ausgerüstet mit den Lehren von Marx, Engels, Lenin und denen „des teuren Genossen Stalin“ ihren großen Aufgaben gerecht zu werden. Die Adresse des KPD-Vorstandes wurde aus Anlaß des 30. Jahrestages der Wahl Stalins zum Generalsekretär verfaßt.

96 Verschollene kehrten zurück

Hannover (UP). Im Lager Friedland trafen bei ihren Angehörigen als verschollen geltende Heimkehrer aus Rumänien ein. Fast die Hälfte dieser Heimkehrer war schon 1950 aus sowjetrussischer Gefangenschaft entlassen worden, ihr Transport wurde aber in Rumänien festgehalten, wo die Heimkehrer für weitere zwei Jahre in ein Lager gebracht und zu Zwangsarbeit gezwungen wurden. Die übrigen Heimkehrer befanden sich schon seit Kriegsende in rumänischen Gefangenenlagern.

Suche nach Attentäter geht weiter

Reiter ist ein „schwerer Junge“, aber nicht der Gesuchte — Neue Verhaftung
München (UP). Die Suche nach dem Urheber des Münchener Attentats auf den Bundeskanzler geht weiter, nachdem die Münchener Polizei festgestellt hat, daß der in Hamburg als verdächtig festgenommene Kari Georg Reiter als Täter nicht in Frage kommt. Seine Gegenüberstellung mit den beiden Münchener Jungen und der Witin der Pension, in der der noch gesuchte „Mario Mirelli“ abgestiegen war, sowie weitere Untersuchungen führten nur zu negativen Ergebnissen.

Reiter, alias Wolfgang Georg Marion, der sich jetzt Georg Leo Morscher nennt, hat nach den Feststellungen der Polizei München ein bewegtes Leben mit mehrmonatiger Haft in Innsbruck hinter sich und wird in Lindau wegen Betrugs gesucht. Er traf zwar am 27. März — dem Tage des Attentatsversuchs — gegen 19.30 Uhr in München ein, fuhr aber gleich nach Reichenhall weiter, übernachtete dort bei einem Bekannten und kehrte am nächsten Tag nach Hamburg zurück. Sein nur kurzer Aufenthalt in München unterliegt nach Mitteilung der Polizei „noch der peinlichsten Überprüfung“.

Inzwischen hat die Duisburger Polizei den Sportlehrer Heinrich Cermely festgenommen. Der gebürtige Grazer Cermely, ein 30 Jahre alter Mann, ist bereits nach München gebracht worden.

Die Verhaftung Cermelys wurde streng geheim gehalten. Der Sportlehrer soll sich zur Zeit des Attentats in Süddeutschland aufgehalten haben; der Zeigefinger seiner linken Hand ist von einer Kerbe geschnitten. Diese Narbe war angeblich Anlaß zu einer anonymen Anzeige. Die beiden Münchener Jungen wollen eine derartige Zeichnung an der Hand des Mannes festgestellt haben, der ihnen das Bombenpaket überreichte.

Streik in den USA dehnt sich aus

Stahl-Lieferungen für Zivilbedarf gesperrt

Chicago (UP). Rund 50 000 dem amerikanischen Gewerkschaftsbund „CIO“ angehörende Telefonarbeiter sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Insgesamt werden von dem Streik rund 300 000 Personen betroffen, wozu auch die nicht-organisierten Arbeiter sowie die Angestellten dieser Firmen zählen. Die Telefonverbindungen sind in vielen Gebieten der USA unterbrochen. Der bereits seit fünf Tagen dauernde Streik des technischen Personals der Fernmeldegesellschaft „Western Union Telegraph Company“ wurde fortgesetzt. Es besteht wenig Aussicht auf eine baldige Regelung der Lohnstreitigkeiten.

In der Zwischenzeit werden auch keine neuen Schritte zur Abwendung des drohenden Streiks der amerikanischen Stahlarbeiter berichtet. Es sollen jedoch Anzeichen dafür bestehen, daß die Regierung die Stahlwerke übernehmen wird, um so ungünstige Auswirkungen auf die Aufrüstungspläne zu vermeiden. Die USA-Regierung hat bereits alle Stahllieferungen an zivile Bedarfsträger gesperrt.

Übernationale Kontrolle der Polizei?

Europa-Armee soll nicht geschwächt werden - Die Bundesregierung hat Bedenken

Bonn (ZSH). Eine übernationale Kontrolle der Polizeiverbände in Deutschland, Frankreich, Italien und den Beneluxländern durch die Organe der geplanten europäischen Verteidigungsgemeinschaft wird zur Zeit erwogen. Ein diesbezüglicher Beschluß wurde nach Mitteilung amtlicher Stellen in Bonn bisher nicht gefaßt und auch noch nicht in den Entwurf des Vertrages über die Europa-Armee aufgenommen.

Von französischer Seite wurde vorgeschlagen, dem Hochkommissariat der Verteidigungsgemeinschaft gewisse Möglichkeiten zu geben, das Budget und das Kräftepotential der nationalen Polizeiverbände einzusehen. Juristische Sachverständige sind gegenwärtig mit der Prüfung dieses Vorschlags beschäftigt. Nach Angaben aus Kreisen der deutschen Plevenplan-Delegation befähigte sich der Lenkungsausschuß dabei mit dem Problem, etwaigen Bestrebungen der Teilnehmerstaaten, die militärischen Kontingente der Europa-Armee zu Gunsten ihrer eigenen Polizei-Einheiten zu schwächen, einen „übernationalen Riegel“ vorzuschieben. Es könnte zum Beispiel der Fall eintreten, daß die Haushalte der Staaten durch besondere Belastungen für den Polizei-Etat in ihrer Leistungskraft für die europäische Verteidigungsgemeinschaft geschwächt würden. Auch sollte eine übernationale Kontrolle der Möglichkeit entgegenwirken, daß die jungen Männer den Dienst in der Polizei dem Dienst in der Europa-Armee vorziehen.

Dieser auch von den deutschen Mitgliedern des Lenkungsausschusses gebilligte Gedanke mispricht ferner dem Wunsch, Kontrollmöglichkeiten gegen das Wiedererstehen von „Schwarzen Reichwehren“ zu schaffen. Die Juristen sollen daher untersuchen, welchen Umfang diese Kontrollbefugnisse des Hochkommissariats haben sollten und mit welchen Vollmachten und Rechten man ihn ausstatten müßte. Bei dieser Gelegenheit werden auch verfassungsrechtliche Probleme geprüft. Diese sind vor allem für die Bundesrepublik von Interesse, da hier die Polizei laut Grundgesetz Ländersache ist.

Dabei erhebt sich die in Kreisen der Bundesregierung gestellte Frage, ob Bonn einer solchen Kontrolle zustimmen kann, solange die Bundesrepublik noch nicht gleichberechtigter Partner ist. Die übrigen Länder, so wird argumentiert, verfügen auch nach Abschluß des Vertrages über nationale Kontingente (territoriale und Kolonialtruppen), während Deutschland auf nationaler Basis nur Polizeiverbände besitzt. Mit einem Kontrollrecht der Europa-Armee über die Polizei-Einheiten würde sich die Bundesrepublik der uneingeschränkten Einflußnahme auf die einzige nationale Einrichtung begeben, die es auf dem Gebiet der inneren Sicherheit besitzt.

FDP und DP für Integration

Der Vizepräsident des Bundestages, Dr. Hermann Schäfer, vertritt die Ansicht, augenblicklich sei die Gelegenheit zur Integration Europas zweifellos günstiger als für eine Wiedervereinigung Deutschlands. Das dazu notwendige Zusammenwirken mit der Sowjet-

union sei noch nicht „so weit gereift“. Schäfer wandte sich dagegen, die politischen Ziele in einer Reihenfolge festzulegen. Zu einer „Rangordnung“ der Wiedervereinigung von Deutschland und der Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Vertragssystem sagte er, die Position, die man beziehe, dürfe sich nur aus den Gelegenheiten und Gegebenheiten ergeben. Auch im Interesse der deutschen Einheit sei es notwendig, die Bemühungen um den Abschluß des Generalvertrags und des Vertrages über die europäische Verteidigung konsequent und beschleunigt fortzusetzen.

Der Bundestagsabgeordnete von Merkatz von der Deutschen Partei vertrat in einer Aussprache mit der Presse die Auffassung, sich die Sowjetunion sei an einer Wiedervereinigung Deutschlands so stark interessiert, daß ein beschleunigter Abschluß der deutsch-sowjetischen Verträge die künftige Einheit nicht in negativem Sinne beeinflussen werde. Die Integrationsverträge müßten sogar unterzeichnet werden, wenn die Sowjets in der Zwischenzeit wirklich freie Wahlen in allen vier Besatzungszonen auszusagen sollten. Ein solider Friede wiederum sei nur durch die Integration Europas möglich. Alle anderen Wege seien nur Scheinlösungen im Stille Danzig oder Triest, die neuen Konfliktstoff schaffen müßten.

Das heikle Saarproblem

Die Integration Europas werde allerdings durch die Saarfrage „schwer blockiert“, die Vereinigung Europas könne sich überdies nicht allein auf deutschen Verzicht aufbauen, so fuhr Merkatz fort. Vor allem müßte „das weitere Schaffen von vollendeten Tatsachen an der Saar gestoppt“ werden. Als seine persönliche Meinung brachte er Bedenken gegen die geplante Entscheidung des neuen Saarlandtags über das Schicksal der Saar zum Ausdruck. Auch eine Volksabstimmung über die Frage der Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland würde praktisch keine Bedeutung, die Saar sei und bleibe deutsches Gebiet. In der Lösung der Saarfrage sollte aber keine Voraussetzung für die Paraphierung der Westverträge gesehen werden.

Der SPD-Pressediener wendet sich scharf gegen den Plan, einen neu gewählten Landtag über den endgültigen Status der Saar entscheiden zu lassen. Niemals könne eine Handvoll Menschen — selbst wenn sie frei gewählt sei — das Schicksal der Saarbevölkerung bestimmen. „Nur eine allgemeine, freie und geheime Volksabstimmung unter absolut neutraler Kontrolle könnte über die endgültige Zugehörigkeit der Saar entscheiden.“

Der außenpolitische Ausschuß der Freien Demokraten hat in einer Entscheidung festgestellt, die Forderung der politischen Abtrennung des Saargebietes von Deutschland sei mit einer Politik der europäischen Integration unvereinbar. Die Bundesregierung solle unverzüglich Vorschläge ausarbeiten, um im Rahmen einer europäischen Gesamtpolitik die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs an der Saar zu sichern, ohne den deutschen Charakter des Saarlandes anzutasten.

Zeit für Dreiertreffen noch nicht reif

Interessanter Disput im Unterhaus - Botschafter Kirk warnt

London (UP). Churchill gab im Unterhaus zu verstehen, daß nach seiner Ansicht die Zeit für direkte Verhandlungen mit Stalin noch nicht reif ist.

Der Premier gab diesen Hinweis in Erwiderung auf eine Frage des Labourabgeordneten Dodd, der Churchill zum dritten Mal innerhalb der vergangenen Monate die Frage stellte, welchen Beitrag er für ein Treffen der „Großen Drei“ zu leisten bereit sei angesichts der Tatsache, daß der Westen auf dem Gebiet der Rüstung allmählich stärker wird. Churchill beschränkte sich darauf, den Fragesteller auf seine erste Antwort auf dieselbe Frage am 12. November 1951 hinzuweisen. Diese lautete damals: „Gegenwärtig liegen keine Pläne für Verhandlungen über allgemeine Probleme mit der Sowjetunion vor. Falls die Umstände jedoch günstig sein sollten, sollte die Möglichkeit einer Unterredung der Staatsmänner nicht ausgeschlossen werden.“

„Diese Antwort“, entgegnete Dodd, „genügt mir nicht. Ist der Premierminister bereit zu erklären, ob er noch denselben Enthusiasmus für ein solches Treffen besitzt, wie seinerzeit vor den Wahlen?“ Churchill erwiderte: „Es ist dies nicht so sehr eine Frage des Enthusiasmus als der Aufrichtigkeit.“

Hier schaltete sich der ehemalige Verteidigungsminister Shinwell ein, um sich zu erkundigen, was den Premier wohl zu dieser Sinnesänderung veranlaßt haben mochte. Dieser antwortete: „Ich habe meine Ansicht nicht geändert. Doch offensichtlich hat Mr. Shinwell eine Kursschwankung vorgenommen, da er und seine Partei meine Feststellungen von 1951 als Bluff bezeichnen.“ Hierauf Shinwell: „Soll dies heißen, daß das Zögern des Premiers, sich zu dieser Sache zu äußern, darauf zurückgeht, daß er seine damaligen Äußerungen jetzt selbst für Bluff hält?“ Auf diese Frage schwieg Churchill.

Für den Durchschnittsrußen ist die Möglichkeit eines dritten Weltkrieges ein quälender Gedanke, die jungen fanatischen Parteiangehörigen aber werden durch diese Ansicht nicht beunruhigt, denn sie sind siegesicher. Diese Ansicht vertritt US-Admiral Alan G. Kirk, der ehemalige Botschafter der USA in der Sowjetunion, in einem Artikel in der amerikanischen Zeitschrift „Look“.

Seine Meinung nach heißt das russische Volk die Amerikaner nicht, obwohl die Propaganda der Sowjetregierung die USA ständig der Einkreisung der Sowjetunion beschuldigt. Das Ergebnis sei, daß der Sowjetbürger unzufrieden und unglücklich sei. Rußland sei ein Land, das zur Zeit eine enorme Entwicklung und Wandlung durchmache. Dazu seien Enthusiasmus und Stärke notwendig. Beides habe Rußland.

Kein Teil Europas

Der britische Minister für Commonwealth-Beziehungen, Lord Salisbury, sagte im Londoner Rundfunk, es wäre für Großbritannien ein „wirtschaftliches Unglück“, einem europäischen Staatenbund beizutreten. Wenn Großbritannien ein Teil Europas würde, dann hätte dies das Ende des Commonwealth zu Folge, da die „Brudernationen“ in diesem Fall ihren eigenen Weg einschlagen würden. Das Interesse der Commonwealth-Nationen richte sich in erster Linie auf Nordamerika, Afrika, Asien oder den Pazifik. Eine Verbindung, sei sie auch informeller Natur, mit einem vereinigten Europa liege jedoch außerhalb ihres Interesses. Allerdings seien die Tage der „splendid isolation“ vorüber; falls ein Krieg in Europa ausbrechen sollte, müsse Großbritannien zeigen, daß es zu kämpfen bereit sei.

Der Lastenausgleich

Das bisher größte und schwierigste Gesetz

Zum erstenmal in der Geschichte macht ein Volk den Versuch, die Lasten auszugleichen, das heißt, die Lasten der schuldlos Vertriebenen und besitzlos Gewordenen wenigstens zum Teil auf die Besitzenden abzuwälzen und so einen Ausgleich herzustellen. Man hat lange gobaucht, bis die nun gefundene Lösung vorgelegt werden konnte. Im November 1950 bereits hat das Kabinett einen Lastenausgleichs-Entwurf dem Bundestag vorgelegt, der zunächst vom Unklarer Kreis besprochen wurde und dann in den Bundestagsausschuß für den Lastenausgleich kam. Unter Vorsitz des Abgeordneten Kunze wurde hier eine riesenhafte Arbeit geleistet, manches an dem Gesetz verbessert, manches aber auch unter dem Druck der Mehrheit verschleiert.

Der Bundestagsausschuß für den Lastenausgleich hat aber jetzt die dritte Ausschuss-Lesung des Entwurfes beendet und seine Arbeit abgeschlossen. Er ist ohne Zweifel der größte, schwierigste und wichtigste Gesetzesentwurf, den dieser Bundestag während seiner Legislaturperiode zu verabschieden hat. Für die Beratung in zweiter und dritter Lesung sollen insgesamt acht Tage angesetzt werden. Der Ausschuß hat dem Präsidenten des Bundestages vorgeschlagen, daß die Fraktionen sich am 5. Mai damit beschäftigen, daß vom 6. bis 9. Mai der Entwurf in zweiter Lesung beraten wird und daß er vom 13. bis 16. Mai in dritter und letzter Lesung verabschiedet wird.

Die Vertriebenen, ihre Vertreter und nicht zuletzt der Flüchtlingsminister Lukaschek wünschten den echten Lastenausgleich und die unvermeidlich damit verbundene Vermögensumschichtung. Das wäre ein Eingriff in die Vermögenssubstanz und dagegen wehrten sich begrifflicherweise die Besitzenden. Alle diesbezüglichen Anträge wurden dann auch abgelehnt. Die Vermögen werden nicht umgeschichtet. Gewiß muß der Besitzende etwas abgeben, aber er kann diese Abgabe in einem Zeitraum von 30 Jahren abstoßern. Wenn er sofort bezahlt, werden ihm zehn Prozent nachgelassen. Eingedenk der Wandelbarkeit der Zeit werden jedoch die meisten überleben, was alles in 30 Jahren geschehen sein kann und — abstoßern. Dem Flüchtling ist wenig damit geholfen, wenn er 30 Jahre lang einen kleinen Betrag bekommt. Er benötigt einmal einen größeren Betrag, um sich damit eine Existenz aufbauen zu können. Eine Vorfinanzierung des Lastenausgleiches wird nur mit Hilfe einer ausländischen Anleihe möglich sein. Die aber wird es erst geben, wenn Verteidigungsbetrag und Generalvertrag unterschrieben sind. Man hofft, auf dem deutschen Kapitalmarkt mit Hilfe einer sehr steuerbegünstigten Anleihe 600 Millionen zusammen zu bringen.

Die endgültige Hauptentschädigung ist im Gesetz nicht festgesetzt, sondern soll bis 1957 durch Gesetz geregelt werden. Der Mindestbetrag aber ist in der dritten Ausschuss-Beraterung neu geregelt worden. Die Entschädigung ist nach der Höhe gestaffelt. Danach werden gezahlt: 75 Prozent bei Schäden zwischen 1500 bis 1800 Mark, 20 Prozent bei Schäden von 10 000 bis 20 000 Mark, 5 Prozent bei Schäden von 500 000 Mark an und 2 Prozent bei Schäden von zwei Millionen Mark an.

Die Unterhaltshilfe wurde um zehn Prozent erhöht, so daß zum Beispiel ein alter Mann, der nicht mehr arbeiten kann, monatlich 180 Mark erhält. Wer aber weiß, daß der Einkaufspreis in ein Altersheim zum Beispiel heute 210 Mark im Monat beträgt, wird einsehen, wie unzulänglich diese Hilfe ist. Die Eingliederungshilfe richtet sich nach dem Bedarf, ist aber im Einzelfall auf 15 000 Mark begrenzt. Die Reihenfolge geht nach der sozialen und wirtschaftlichen Dringlichkeit, wobei auch das Lebensalter berücksichtigt wird. Die Hauptentschädigung kann in eine Rente umgewandelt werden, wenn sie mehr als 5 000 Mark beträgt. Das soll vor allem bei Arbeitsunfähigkeit, hohem Alter oder Kindern geschehen. Als Höchstbetrag können Mann und Frau 200 Mark erhalten, für ein Kind 50 Mark mehr.

Die Hausratsentschädigung wird gestaffelt. Je nach dem früheren Vermögen des Vertriebenen beträgt sie 800, 1200 oder 1400 Mark und für die Frau in allen Gruppen 200 Mark. Für das erste und zweite Kind je 100 Mark, für jedes weitere Kind 200 Mark, ebenfalls für alle Gruppen. Man schätzt im Finanzministerium allein die Hausratsentschädigung auf 7,2 Milliarden. Bei Ansatz der untersten Gruppe von 800 Mark wird es zehn Jahre dauern, bis die Hausratsentschädigung gezahlt ist, wenn jährlich 500 Millionen dafür aufgebracht werden. Die Ansprüche können vererbt werden. Die Wohnraumhilfe ist auf 300 Millionen jährlich angesetzt. Die Arbeitsplatzhilfe wird bereits an Unternehmer gezahlt, wenn sie Arbeitsplätze für Flüchtlinge schaffen. Sie ist jetzt auf 75 000 Mark begrenzt und an die Bedingung geknüpft, daß der Unternehmer Flüchtling ist und nur Flüchtlinge einstellt. Schließlich soll noch ein Härtefonds gebildet werden, aus dem alle diejenigen, die nicht im Gesetz genannt sind, vor allem die Sowjetzonenflüchtlinge, Hilfe erhalten sollen.

Ob der Lastenausgleich im Bundestag angenommen oder abgelehnt wird, werden diesmal die Flüchtlinge selbst zu bestimmen haben. Dem deutschen Bundestag gehören 60

Vertriebene als Abgeordnete an, davon 28 den Regierungsparteien. Die Mehrheit der Regierungsparteien im Bundestag beträgt 23 Stimmen. Wenn also die 28 Vertriebenen-Abgeordneten der Regierungskoalition gegen das Gesetz stimmen, dürfte es keine Mehrheit finden und abgelehnt werden. Wenn das Gesetz aber jetzt zum Scheitern gebracht wird, wird es in dieser Legislaturperiode nicht mehr beraten, weil es dann in die Nähe der Wahl kommt und damit ins Getriebe der Parteipolitik. Dann könnte erst der neue Bundestag in vielleicht zwei Jahren das Lastenausgleichsgesetz beschließen. Bis dahin sind aber die Vertriebenen die Leidtragenden. Also lieber — so drückte sich Flüchtlingsminister Dr. Lukaschek aus — zähneknirschend ja sagen, wenn es auch unzulänglich ist, als nein sagen und damit auf unbestimmte Zeit vertragen. (ld)

Wer wird Eisenhowers Nachfolger?
Gruenther und Ridgway genannt — US-Bomber schafft 900 Stundenkilometer

Paris (ZSH). General Ridgway und General Gruenther werden in gut unterrichteten Kreisen als mögliche Nachfolger für den Posten des Oberkommandierenden der Atlantik-Streitkräfte in Europa genannt, falls General Eisenhower diesen Posten niederlegt. Es wird jedoch betont, daß bisher noch keinerlei Entscheidung über die eventuelle Nachfolge getroffen worden sei und vermutlich auch nicht getroffen werde, bis die Frage akut würde. Sollte Ridgway nach Europa gehen, so wird sein Posten im Fernen Osten aller Wahrscheinlichkeit nach von General Mark Clark eingenommen werden.

Im „SHAPE“ (Supreme Headquarters of the Allied Powers in Europe), dem Atlantischen Hauptquartier General Eisenhowers, findet zur Zeit ein Manöver statt, das nur auf dem Papier ausgetragen wird. Ein witziger General bezeichnet dieses Planspiel als „Unternehmen Venus von Milo“. Denn: „No arms, but plenty of shape“. („Keine Arme, aber viel Shape“. Arms hat im Englischen die doppelte Bedeutung „Arme“ oder „Waffen“, während shape ursprünglich „Form“ bedeutet).

Bei dem Planspiel wird angeblich eine sowjetische Panzer-Invasion aus dem Osten angenommen. Einzelheiten über die Vorgänge, die hinter schwerbewachten Räumen stattfinden, waren selbst von gutinformierten Kreisen nicht zu erfahren. Eisenhower eröffnete das Planspiel mit einer kurzen Ansprache und übergab dann die Leitung an den britischen Feldmarschall Lord Montgomery.

Die US-Luftstreitkräfte lüfteten teilweise das Geheimnis, das den neuesten amerikanischen Superdieselmotor umgab, der in seiner Fluggeschwindigkeit nahe an die 1000-km-Grenze herankommt. Der Luftgigant ist mit acht Düsentriebwerken ausgerüstet. Die Spitzengeschwindigkeit wird mit 960 km in der Stunde angegeben. Die Maschine soll eine Reichweite von 16 000 km besitzen, so daß sie praktisch an jeden Fleck der Erde gelangen kann. Die Maschine, die jetzt unter der Typenbezeichnung YB 60 geführt wird, weist kaum noch Ähnlichkeit mit ihrem Vorläufer, der B 36, auf. Die YB 60 soll Atombomben an Bord nehmen können.

Geheimnisvolles U-Boot gefunden

Kopenhagen (UP). Eine dänische Bergungsfirma ist gegenwärtig mit dem Verschrotten eines deutschen Unterseebootes beschäftigt, von dem man glaubt, daß es einige Größen des „Dritten Reiches“ bei Kriegsende zur Flucht benutzen wollten. Das U-Boot wurde am 4. Mai 1945 zwischen Jütland und Fünen von einem britischen Bomber versenkt. Taucher sind jetzt dabei, das Wrack zu zerschneiden und die Einzelteile zum Verschrotten an die Oberfläche zu bringen. Dabei stellte es sich heraus, daß das Boot weder Torpedos noch Munition an Bord hatte, dafür aber große Mengen an Lebensmitteln. Die Zahl der Personen, die sich an Bord befanden, ist nicht bekannt. Nach Aussagen der Taucher sind vor ihnen nur noch Skelette übrig.

Zwei Rennpferde gehen ins Kino

Nottingham (UP). Zwei Pferde eines englischen Rennstallbesitzers gingen ins Kino, um sich die Aufnahmen anzusehen, die Wochenschau-Reporter von dem „Grand National Steeplechase“ gedreht hatten. Der Rennstallbesitzer hofft, daß die Pferde aus den Aufnahmen lernen. Coton meint, daß Pferde intelligent seien. Er sei sehr daran interessiert festzustellen, ob sie in der Lage sein werden, sich selbst wieder zu erkennen. Pferde hätten ein starkes Nachahmungsbedürfnis und es sei zu hoffen, daß sie aus dem Betrachten des Rennens der drei siegreichen Pferde etwas lernen können.

Bismarck vom Hochwasser bedroht

Bismarck / North Dakota (UP). Der Missouri ist an verschiedenen Stellen überraschend über die Ufer getreten und hat bereits weite Gebiete überflutet. Ein Teil der Bewohner der Stadt Bismarck wurde so plötzlich von dem Hochwasser überrascht, daß mehrere hundert von ihnen keine Zeit mehr hatten, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Sie mußten auf die Dächer ihrer Häuser klettern und auf Hilfe warten. Bis jetzt haben etwa tausend Menschen allein in dieser Stadt ihre Habe verloren.

Von Sioux-Fall wird gemeldet, daß dieser bei Sioux Falls in Süd-Dakota einen Damm durchbrochen und rund 1100 Menschen obdachlos gemacht hat. In Montana hat der ebenfalls Hochwasser führende Milk-River die Stadt Harlem völlig von der Außenwelt abgeschnitten.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Klausel des schleswig-holsteinischen Wahlgesetzes für nichtig erklärt, wonach eine Partei mindestens 7,5 Prozent aller Stimmen zur Erlangung eines Mandats erreichen muß.

Drei Bergleute wurden bei Würselen insofern Streikbrüchig verschüttet. Einer der Verunglückten konnte nur noch tot geborgen werden.

Ernstere Krise auf der Haager Konferenz

Israel unterbricht Verhandlungen - Deutsches Angebot: drei Milliarden

Den Haag (UP). Die israelische Delegation bei den deutsch-jüdischen Wiedergutmachungsverhandlungen erklärte, es sei eine „sehr ernste Krise“ hinsichtlich des weiteren Fortgangs der Konferenz entstanden. Der Grund hierfür sei in dem „völlig ungenügenden Angebot der deutschen Delegation“ zu suchen.

Der israelischen Regierung sei bereits ein Bericht über die augenblickliche Verhandlungssituation zugeleitet worden. Das Kabinett in Tel Aviv werde über diesen Bericht zu befinden und danach seine Entscheidung zu treffen haben. Am Dienstag werde keine Sitzung beider Delegationen stattfinden. Ein israelischer Sprecher sagte, es bestehe kein Anlaß zu weiteren Verhandlungen, solange die israelische Regierung nicht ihren Standpunkt zu den deutschen Vorschlägen fixiert habe. Die Bundesregierung und die deutsche Delegation im Haag würden zu gegebener Zeit über die Entscheidung Tel Avivs unterrichtet. Die israelische Verhandlungsdelegation habe eigentlich damit gerechnet, daß die deutschen Vertreter nach ihrer Rückkehr aus Bonn konkrete Zahlungsvorschläge unterbreiten würden. Stattdessen seien „ganz neue Gesichtspunkte“ in den Vordergrund geschoben worden.

Die deutsche Delegation hat eine Erklärung abgegeben, in der die Ansprüche Israels an Deutschland auf 4,5 Milliarden DM beziffert werden. Von diesem Betrage entfallen nach der Erklärung, die im Anschluß an eine dreistündige Sitzung veröffentlicht wurde, auf die Bundesrepublik drei Milliarden DM. Die deutsche Delegation empfiehlt der Bundesregierung, diese Vorschläge anzunehmen.

Demgegenüber fordert Israel von Deutschland insgesamt 6,3 Milliarden DM, von denen

die Bundesrepublik 4,2 Milliarden zahlen soll. Israel begründet diese Forderung mit den Gesamtkosten, die sich aus der Umsiedlung der Juden nach Israel ergeben haben, die Deutschland unter dem Nazi-Regime verlassen mußten. Die israelischen Delegierten machten beim Verlassen des Konferenzraumes einen verstimmten Eindruck und weigerten sich, der Presse gegenüber irgendwelche Erklärungen abzugeben. Sie sagten nur: „Wir überlassen es den Deutschen, Sie zu unterrichten.“

Der Leiter der deutschen Delegation, Professor Böhm, erläuterte sodann in einer Pressekonferenz das deutsche Angebot und teilte mit, daß es von Bundeskanzler Adenauer gebilligt worden sei. Im übrigen werde die Bundesrepublik eine endgültige Entscheidung über die Höhe ihrer Wiedergutmachungsleistungen mit der deutschen Vertretung bei der Londoner Schuldenkonferenz fällen. Mit einem definitiven Entscheid sei vor dem 19. April nicht zu rechnen. An diesem Tag tritt die Auslandschuldenkonferenz in London nach ihren Osterferien wieder zusammen. Böhm sprach die Hoffnung aus, daß die übrigen ausländischen Gläubiger für das deutsche „Schuldgefühl“ gegenüber den Juden Verständnis zeigen würden, und die Deutschen in die Lage versetzen, ihre Wiedergutmachungsschuld gegenüber Israel abzutragen.

Das ungarisch-jüdische Komitee hat alle in Ungarn lebenden Juden aufgefordert, Schadensersatzansprüche auf Verluste in Westberlin und in der Bundesrepublik bei dem Komitee anzumelden. Die Ostzone wurde dabei nicht erwähnt. Man vermutet, daß diese Aktion als Vorläufer für weitere Ansprüche der osteuropäischen Juden angesehen werden kann.

Will Paris den Sowjetpakt aktivieren?

Folgen der vermeintlichen US-Politik - Verzicht in Indochina erwogen

Paris (prd). In Pariser diplomatischen Kreisen glaubt man, eine Schwenkung der amerikanischen Europa-Politik zugunsten der Bundesrepublik feststellen zu können. Washingtoner Äußerungen, nach denen eine umfangreiche militärische und wirtschaftliche Hilfe für Frankreich nicht mehr gerechtfertigt erscheine, haben in französischen Regierungs- und Parlamentskreisen mehr Staub aufgewirbelt, als offizielle Kommunikationen wahr haben wollten. Politiker der sozialistischen Linken (nicht Kommunisten) sehen sich mit den Parteien der Mitte und Rechten darin einig, daß die neue Lage wohl zur Aufgabe Indochinas führen könne, betonen aber außerdem, daß die Republik sich von den USA wirtschaftlich nicht allzu sehr und in europäischen politischen Angelegenheiten schon gar nicht drängen lassen werde.

Frankreich habe von einer gesamteuropäischen Entwicklung eigene Vorstellungen. Dies gehe schon daraus hervor, daß der zwischen Rußland und Frankreich nach wie vor bestehende Nichtangriffspakt trotz aller Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost und West jederzeit in allen Punkten unangefastet geblieben sei. Es würde auch die Frage gestellt, was wohl geschehe, wenn die Vereinigten Staaten eines Tages auf dem Standpunkt verharren, die abendländisch-europäischen Interessen könnten nur durch einen „Präventivkrieg“ gerettet werden? Die französische Republik sei „noch nie in der Geschichte Vertragsuntreue geworden“. Kein französischer Staatsmann oder Politiker, außer vielleicht de Gaulle, trage sich mit dem Gedanken der Kündigung des russisch-französischen Paktes, den im übrigen de Gaulle selbst unterzeichnet hat.

innen- und außenpolitisch steht Frankreich in den nächsten Monaten vor lebenswichtigen Entscheidungen. Am Horizont zeichnet sich bereits eine Reform der Verfassung ab, um die ständigen Regierungskrisen zu beenden. Eine vom Parlament bestätigte Regierung soll im ersten Jahr ihrer Amtszeit nicht vom Parlament gestürzt werden können, ohne daß dies automatisch die Parlamentsauflösung und Neuwahlen zur Folge hätte. So werden also die Mehrheitsparteien zumindest über 12 Monate genötigt sein, der Regierung ihre Zustimmung und damit das Vertrauen zu geben, wollen sie sich nicht in das Risiko von Neuwahlen und eines möglicherweise verstärkten de-Gaulle-Einflusses begeben. Von einer solchen Maßnahme verspricht man sich auch einen letz-

ten erfolgreichen Versuch zur Rettung der Währung, des inflationistisch abbröckelnden Francs. Allein, auf die Dauer dürfte nach Meinung französischer Währungsexperten die Republik nicht um eine Neuordnung der Währung d. h. unter Umständen Stabilisierung durch Abwertung, herumkommen.

Im französischen Generalstab steht angeblich die Aufgabe Indochinas bereits ernsthaft zur Debatte. Nur zu gern konzentrierten sich dabei die Vorwürfe, daß die Vietnam nicht längst schon besieg sind, auf die „nur mäßige amerikanische Unterstützung“. Militärkorrespondenten vom Kriegsschauplatz Indochina behaupten, der Umschwung der Indochina-Politik Amerikas habe die Kampfmonat der Kerntruppen und der Fremdenlegion erschüttert. In Paris fielen dazu Äußerungen, daß es wünschenswert sei, die USA würden sich künftighin mehr in französische und europäische Probleme vertiefen, damit nicht Interessenskreisen Anlaß zu neuen Auslegungen des französisch-russischen Paktes gegeben werden.

Pinay vor seinem schwersten Gang

Der Ministerpräsident hat reelle Chancen

Paris (UP). Ministerpräsident Pinay versammelte am Montag, 24. Stunden vor der entscheidenden Abstimmung in der Nationalversammlung, noch einmal sein Kabinett, um sich der Rückendeckung seiner engsten Mitarbeiter zu versichern. Der ehemalige Ministerpräsident hat insgesamt 10mal die Vertrauensfrage mit den einzelnen Punkten seines Haushaltsvorschlags verbunden. Politische Beobachter beziffern die Chancen des Ministerpräsidenten auf 70 Prozent. Die wichtigste Vertrauensfrage bezieht sich zweifelsohne auf die Steueramnestie, die Pinay als unentbehrlichen Bestandteil seines Budgetplanes betrachtet, um die Lücken in der Staatskasse aufzufüllen. Die restlichen neun Vertrauensfragen dürften der Regierung keine allzu großen Gefahren bringen.

Ein gutes Omen für die Erfolgchancen Pinays war die kürzliche Rede des RPF-Abgeordneten Diethelm, der davon sprach, daß „der gesunde Menschenverstand des Ministerpräsidenten einen Sieg gewonnen“ zu haben scheine.

Außerhalb der Nationalversammlung ist man der festen Überzeugung, daß Pinay seine Kraftprobe bestehen werde. Der schwarze Dollarpreis ist von 485 Francs auf 425 gefallen. Die Preissenkungskampagne hat dazu beigetragen, das Vertrauen in Pinay bei der Bevölkerung zu stärken.

Schlechte Aussichten im Oelkonflikt

Briefwechsel Mossadeg-Weltbank - Hussein Makki reist nach USA

Teheran (UP). Das iranische Außenministerium hat einen Briefwechsel mit der Weltbank veröffentlicht, aus dem die Bedingungen hervorgehen, unter denen der Iran einer Wiederaufnahme der Ölverhandlungen zustimmen würde. In einem Schreiben an den Präsidenten der Weltbank, Black, nennt Ministerpräsident Mossadeg folgende Bedingungen:

1. Die in der verstaatlichten iranischen Erdölindustrie zur Verwendung kommenden technischen Fachkräfte müssen aus „neutralen“ Ländern kommen. 2. Die Weltbank darf die Öl-Industrie nur im Auftrag und als Agent der iranischen Regierung verwalten.

Weltbankpräsident Black bringt in seinem Antwortschreiben seine „Beunruhigung“ über die Unterschiede zum Ausdruck, die zwischen der Auffassung der iranischen Regierung und den Vertretern der Weltbank bestehen. Die Bank sei zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Regierung einverstanden, wenn der Iran neue Vorschläge vorbringen würde.

die für die Bank als Grundlage der Besprechungen annehmbar seien.

Die Verkaufsabteilung der verstaatlichten Erdölindustrie teilte mit, daß sie mit Norwegen, Finnland und Dänemark Abschlüsse über den Verkauf von 2,5 Millionen Tonnen Rohöl abgeschlossen habe. Die Auslieferung der Aufträge werde in 25 Tagen beginnen. Das Erdöl werde in spanischen Tankern transportiert und in italienischen Raffinerien verarbeitet werden.

Hussein Makki, der Leiter der staatlichen iranischen Ölbehörde, will kurz nach der Eröffnung des neuen Medschlis (Unterhauses) nach den USA reisen. Makki ist vom Vizepräsidenten der Weltbank, Garner, eingeladen worden, sich in den USA mit der technischen und administrativen Leitung von Ölgesellschaften vertraut zu machen. Makki betonte, daß die Einladung des Vizepräsidenten in keiner Weise mit dem gegenwärtigen iranischen Öl-Disput in Verbindung stehe.

Spaniens Außenminister herzlich begrüßt Beirut (UP). Der maronitische Patriarch von Antiochien, Arida, richtete auf einem Bankett an den spanischen Außenminister Artajo, der sich zur Zeit auf einer Nahost-Reise befindet, die Worte: „Wir begrüßen den Staatsmann Franco, den Freund der Kirche, des Libanon und der Maroniten, der Spanien und Europa vor dem Kommunismus gerettet und die katholische Kirche verteidigt hat. Wir beten zum Allmächtigen, daß er dem Caudillo bei der Weiterführung seiner geheiligten Mission helfen möge.“ Der spanische Außenminister Artajo erwiderte, die Gründung eines maronitischen Seminars in Salamanca sei nur der Beginn der Hilfsmaßnahmen zur Untermauerung der spanisch-maronitischen Freundschaft.

Worauf wartet Baccouche noch?

Kabinettsliste immer noch nicht bekannt

Tunis (UP). Tunesien und Frankreich warten immer noch voll Spannung auf die Ministerliste der neuen tunesischen Regierung, deren Zusammensetzung ursprünglich am Montag bekanntgegeben werden sollte. Ministerpräsident Sanih Eddine Baccouche soll es zwar gelungen sein, ein Kabinett zusammenzustellen, er hat sich aber noch nicht entschließen können, seine Ministerliste zu veröffentlichen.

Manche Kreise glauben, daß Baccouche und der Bey von Tunis mit voller Absicht eine Verzögerungstaktik betreiben, um ein Eingreifen der USA, die Behandlung der tunesischen Klage vor dem UN-Sicherheitsrat oder eine politische Wende in Frankreich abzuwarten. In Tunis neigt man zu der Auffassung, daß Baccouche die Bildung der „Reformkommission“ für wichtiger als die Veröffentlichung seiner Kabinettsliste erachte. Die Kommission soll 14 französische und tunesische Mitglieder haben und politische Reformen für Tunesien ausarbeiten.

In Kairo hat der geflüchtete Generalsekretär der „Neo Destour“-Partei den Ministerpräsidenten Baccouche als „einen von französischen Gauleiter ernannten Quisling“ bezeichnet. Der Generalsekretär sagte, die Bevölkerung Tunesiens werde von dieser ungesetzlichen Regierung keine Notiz nehmen. Die Amtshandlungen Baccouches seien null und nichtig.

VOM TAGE

Staatssekretär Hallstein hat einen mehrwöchigen Urlaub in der Schweiz angetreten. Ministerialdirektor Blankenhorn wird in der Zwischenzeit die Geschäfte des Staatssekretärs führen.

Der deutsche Botschafter in Rom, Clemens von Brentano, wurde von Ministerpräsident de Gasperi empfangen. Über den Inhalt des Gesprächs wurde nichts bekannt.

Der Streik der Saarbergarbeiter hatte keinerlei Wirkung. Löhne und Zulagen müssen wie bisher vom Generaldirektor der französischen Saargrubenverwaltung und den Berufsverbänden gemeinsam festgelegt werden.

Das wehrpflichtige Alter in der Tschechoslowakei wurde von 21 auf 19 Jahre herabgesetzt. Die Wehrpflicht in der CSR dauert zwei Jahre.

Die ägyptische Regierung hat erklärt, daß die Anwesenheit des polnischen Gesandten in Kairo unerwünscht sei. Daraufhin ist der polnische Gesandte von seinem Posten abberufen worden.

Königin Juliana der Niederlande wurde in New York mit Konfettiregen und Sirenengeheul stürmisch begrüßt.

Die Auslandshilfe der USA hat im Jahre 1951 den Betrag von rund fünf Milliarden Dollar (21 Milliarden DM) erreicht.

Dr. Heinrich North, der die Errichtung einer Botschaft der Bundesrepublik in Japan vorbereiten soll, traf in Yokohama ein.

Die Berliner CDU beschloß, in der Regierungskoalition zu verbleiben. Gleichzeitig berief sie ihren zurückgetretenen Fraktionsvorsitzenden Lemmer erneut an ihre Spitze. Lemmer nahm die Wahl an.

Ein großes geheimes Waffenlager wurde von italienischer Polizei im Stadtzentrum von Genua entdeckt. U. a. wurden auch 300 deutsche Handgranaten beschlagnahmt.

Die Konservativen erlitten bei den britischen Grafschaftswahlen weitere Verluste. In der Grafschaft Essex nahmen ihnen die Labour-Party 31 Sitze ab.

Die iranische Regierung will den Internationalen Gerichtshof im Haag ersuchen, die Beweisaufnahme über den anglo-iranischen Öl-Disput zu vertagen, weil Premier Mossadeg persönlich bei den Verhandlungen dabei sein will.

Generalmajor der Luftwaffe a. D. Galland, der seit Kriegsende in Argentinien lebt, ist auf dem Luftwege in Frankfurt eingetroffen und von dort mit einem Kraftwagen bereits wieder abgereist.

Die deutsch-alliierten Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatus werden am Freitag zwischen dem Bundeskanzler und den drei Hochkommissaren fortgesetzt.

Ein neuer Pressegesetzes-Entwurf ist in Bonn fertiggestellt worden. Der vom Bundesinnenministerium zurückgezogene Entwurf wird als „ungenügend und den Gegebenheiten nicht mehr entsprechend“ angesehen.

Aus der Haft entlassen wurden Ministerialdirigent Dr. Risse und Regierungsdirektor Günther vom Bundeswirtschaftsministerium, die unter dem Verdacht standen, in den Fall Platow verwickelt zu sein.

Alle Sportlinien und Gewehre, die in der britischen Zone bei Kriegsende beschlagnahmt worden waren, sollen in Kürze an die deutschen Eigentümer wieder zurückgegeben werden.

Die Internationale Wirtschaftskonferenz in Moskau, an der angeblich auch westdeutsche Industrielle teilnehmen sollen, wurde am Donnerstag eröffnet.

Dienstag, den 8. April 1952

Aus der Stadt Etlingen

Das Realgymnasium Etlingen

hielt am Freitag und Samstag die Schlußfeiern in der Aula ab. Das Schulorchester unter Leitung von Studienrat Weh ließ klassische Musik erklingen, wobei W. Böhm (U) als Violinsolist mitwirkte.

Freitag keine Müllabfuhr

Wegen des Karfreitags fällt die Müllabfuhr an diesem Tag aus. Der Müll wird deshalb bereits am Donnerstag abgeholt.

Osterfahrt der Markgräfin Sibylla

Das Omnibusunternehmen Schroth veranstaltet am Ostermontag eine Fahrt über Neuenbürg, Wildbad nach Besenfeld. Die Rückfahrt führt über Schönmünzach, Forbach, Gernsbach, Abfahrt in Etlingen 8.30 Uhr.

Ausbreitung der Tollwut durch Füchse

Bei der diesjährigen Ranzzeit der Füchse wurde die Tollwut erstmalig nach Hessen eingeschleppt. Bei einer Fuchsjagd wurde dort ein Jäger und zwei Hunde von einem wunde-schossenen Fuchs gebissen.

Aus dem Bericht der Stadtpolizei

In der Woche vom 30. März bis 5. April gelangten zur Anzeige: 5 Personen wegen Verletzung der Schulpflicht, 6 wegen Ruhestörung, 1 wegen verkehrswidrigen Verhaltens.

Diebstahl und Unterschlagung

Einem Kasernenangehörigen wurde in einem Gasthaus die Brieftasche mit Inhalt (200 DM) von unbekanntem Täter gestohlen. Einem Arbeiter in einer Fabrik wurde von einem unbekanntem Täter 50 DM entwendet.

Falsche eidesstattliche Versicherung

Eine Karlsruherin gelangte zur Anzeige, weil sie im November 1951 vor dem Arbeitsgericht in Karlsruhe eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben hat.

Bereits-Nachrichten

Gesangverein „Freundschaft“. Heute abend um 20 Uhr Singstunde.

Vereinsgründung war nicht notwendig

Die Etlinger Arbeitsinvaliden waren für Sonntag zur Neugründung einer Ortsgruppe des Zentralverbands der Arbeitsinvaliden in das Gasthaus zur „Krone“ eingeladen.

Die Etlinger Ortsgruppe des Landesverbands der vertriebenen Deutschen am Samstagabend ihre Generalversammlung im „Engel“ ab.

Russische Gefahr nicht unterschätzen

MdL Hennings sprach vor der Etlinger Ortsgruppe des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen

Wie wir bereits gestern berichteten, hielt die Etlinger Ortsgruppe des Landesverbands der vertriebenen Deutschen am Samstagabend ihre Generalversammlung im „Engel“ ab.

Kreisvorsitzender MdL Hennings gab ein ausführliches Referat über aktuelle Probleme der Heimatvertriebenen. Er erklärte, man solle die russische Gefahr nicht unterschätzen.

Von Regierungsseite mache man sich leider zu wenig Gedanken über die soziale Umschichtung Westdeutschlands. Man dürfe vor allen Dingen auch das Schaffen der Heimatvertriebenen nicht übersehen, die heute aus Westdeutschlands Wirtschaft nicht mehr weg-

zudenken seien. Mit ihrem Fleiß haben sie sich in allen Erwerbszweigen Ansehen erworben.

John Hennings kritisierte dann die langsame Bearbeitung des Bundesvertriebenen-gesetzes, das anscheinend in irgend einem Ausschuss liegen geblieben sei.

Die Aufwertung der Flüchtlings-Altspar-konten werde den verantwortlichen Stellen noch manches Kopfzerbrechen bereiten, denn der Nachweis über Besitz und Habe eines Sparkontos in den früheren deutschen Ost-gebieten dürfe außerordentlich schwierig sein.

MdL Hennings erklärte zum Abschluß seines Referats, man dürfe den Vertriebenen nicht nur gleiche Pflicht aufbürden, sondern man müsse ihnen auch gleiche Rechte einräumen.

Zuschuß aus dem staatlichen Kulturfond beantragt

Musikverein Burbach erhielt Einladung nach Holland

Burbach. Als die hiesige Blaskapelle im vergangenen Jahr vier Tage in Kerkrade (Holland) weilte, da kam in den zahlreichen Begrüßungen und Ansprachen der Gastgeber immer wieder das Bestreben zum Ausdruck, die Tage gemeinsamen Musizierens und geselliger Fröhlichkeit möchten ein dauerndes Band der Freundschaft von Verein zu Verein und von Land zu Land schaffen.

Zu ihrer Einladung betonen die Gastgeber erneut an erster Stelle, daß die Veranstaltung einen wertvollen Beitrag „in dem Streben nach gegenseitigem Verständnis, nach Freundschaft, Einigkeit und Frieden unter den Völkern“ darstelle.

Nun hat aber der Staat in dem Kulturfond Mittel bereitgestellt, die solchen Zwecken dienen sollen. Schon im vergangenen Jahr war das so, und der Bundespräsident hatte persönlich die Schirmherrschaft über die zwölf deutschen Kapellen übernommen.

geben, dann wird die Kapelle nicht zögern, erneut nach Holland zu fahren und ihr Land genau so würdig zu vertreten wie im letzten Jahr. Sollte die Kapelle jedoch auf ihre eigenen Mittel allein angewiesen sein, dann muß sie zu ihrem größten Bedauern auf die so herzliche Einladung der Holländer eine Absage erteilen.

Die Blaskapelle des Musikvereins „Harmonie“ wird am Ostermontag nach dem Vormittagsgottesdienst auf dem Platz vor der Kirche ein Konzert geben.

Etlingenweiler

Etlingenweiler. Die Zuweisung des Brennholzes findet am Mittwoch, 9. April, auf dem Rathaus statt. Vollbürger erhalten drei Ster, Jungbürger zwei Ster, Einzelhaushaltungen bis zu drei Personen 1 Ster und mit mehr als drei Personen zwei Ster Brennholz zugewiesen.

Mit dem Schuljahreschluß beendete auch Lehrer Franz Schwarz aus Karlsruhe seine Diensttätigkeit an der hiesigen Volksschule. Durch Erlaß des Unterrichtsministeriums wurde ihm eine planmäßige Lehrstelle in Karlsruhe übertragen.

Die Aufwertung der Flüchtlings-Altspar-konten werde den verantwortlichen Stellen noch manches Kopfzerbrechen bereiten, denn der Nachweis über Besitz und Habe eines Sparkontos in den früheren deutschen Ost-gebieten dürfe außerordentlich schwierig sein.

Bericht der Landespolizei

für die Zeit vom 23. März bis 4. April

Zwischen der Gemeinde Durlach und Grötzingen (Bundesstraße 19) wurde am Samstag, 22. März, gegen 3 Uhr ein junger Mann aus Grötzingen von zwei bis dahin unbekanntem Burschen überfallen, mißhandelt und unter Gewaltanwendung das von ihm mitgeführte Fahrrad weggenommen.

Ein Radfahrer aus Mörsch versuchte in stark angetrunkenem Zustande die Bundesstraße 36 bei Mörsch in diesem Augenblick zu überqueren, als zwei Pkw die fragliche Straßenkreuzung auf der Bundesstraße 36 passierten.

Ohne seine Richtungsänderung anzuzeigen, bog auf der Bundesstraße 36 bei Mörsch ein Motorradfahrer plötzlich nach links ab.

Im Gemeindegeld Langensteinbach konnte ein schon lange gesuchter Brennholzdieb in diesem Augenblick gefaßt werden.

In den frühen Morgenstunden des 2. April kam in der Gemeinde Weingarten eine 77 Jahre alte und in letzter Zeit krankhaft veranlagte Frau nach dem Verlassen ihrer Wohnung vom eigentlichen Weg ab und stürzte in den Walzbach.

Tarifierhöhung in der Wohnungswirtschaft

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Ortsgruppe Karlsruhe, teilt mit, daß den Angestellten in der Wohnungswirtschaft mit Wirkung vom 1.1.52 die gegenwärtig gezahlten Grundgehälter um 5% erhöht werden.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft

führte am vergangenen Sonntag im Gasthaus „Neurod“ ihre monatliche Mitgliederversammlung durch, bei der Herr Käser, Finanzamt Etlingen, über aktuelle Fragen der Lohnsteuer sprach.

Die G3 gratuliert

Am Mittwoch, den 9. April, begeht Rudolf Kretschmer, Quergasse 5, seinen 80. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch.

Advertisement for Waxa shoe polish. Text: 'Der Glanz hält viele Tage, ja Waxa ist famos! Nimm Waxa kluge Hausfrau, dann bist Du sorgelos.' Includes an image of the Waxa product tin.

Advertisement for A. Streit clothing. Text: 'Herren-Sporthemden in ausgesucht schönen Dessins und einfarbig. Dazu passend Binder - Shawls Lederhandschuhe Sportstrümpfe - Socken. DAS ALTSOLIDE Haus für Bekleidung A. STREIT Etlingen. Mittwoch Nachmittag geöffnet.'

FrISCHE Eier

in allen Größen
Stück 20 bis 25 Pf
Schweizerkäse
Markenware
vollfett — vollsaftig
empfiehlt

Otto Rissel
Gründonnerstag u. Oster-
samstag durchgehend ge-
öffnet

Heute Schlachttag

im
Gasthaus zum Kreuz

STELLENANGEBOTE

Kaufm. Lehrstelle wird gut er-
zogenem aufgewedelt. Jungen
aus ordentlicher ev. Familie
geboten, bei vield. gründl.
Ausbildung.
Bewerber mit nur gut. Schul-
zeugnissen und handgeschr.
Lebenslauf wollen sich mel-
den unter H. G. 1245 a. d. EZ

Erfahr. Mädchen für Privat-
haushalt gesucht. Vorzustel-
len zwischen 11 und 12 Uhr.
Zu erfr. unter 1242 in der EZ

STELLENGESUCHE

Hausgehilfin 29 Jahre sucht
sofort Stelle
Zu erfr. unter 1237 in der EZ

ZU VERKAUFEN

Sehr gut erhalten. **Kinderbett**
(65x125) mit Matratze Feder-
bett und Bettwäsche zu verk.
Zu erfr. unter 1233 in der EZ

Kuh-Wagen fast neu zu ver-
kaufen
Badener-Tor-Strasse 20 I. St.

60 Ztr. Heu und **Ohmd** zu
verkaufen
Marxzell, Burbacher Str. 91



Dorndorf

die Marke des Vertrauens

Hauptpreislisten
für Damen
29.50, 26.50, 21.50, 18.50
für Herren
39.50, 36.50, 33.50, 29.50

Alleinverkauf für Ettlingen
Schneider

STADT.BEKANNTMÄCHUNGEN

Die Müllabfuhr
fällt am Karfreitag aus. Die übliche Freitags-Abholung ge-
schieht am Donnerstag, den 10. April 1952. **Stadtbauamt**

† Nach schwerem Leiden wurde mein lieber Mann,
unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Anton Herrmann

Reichsbahnsekretär i. R.
am 6. April 1952 in die Ewigkeit aberufen.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Helene Herrmann geb. Wegert
Hildegard Herrmann
Elisabeth Herrmann

Ettlingen, Karl-Friedrich-Strasse 16
Die Beerdigung findet am Mittwoch, 15. Uhr statt.

Läftige Haare

befeuchtet garantiert
schmerzlos und zuverlässig
„**ARTISIN**“
Enthaarungscreme
Tube zu 1.50 u. 2.50
Sicher zu haben:
Drogerie R. Chemnitz
Leopoldstr. 7 Telefon 290

Auch Sie sind zufrieden
wenn Sie bei

Frank

Ihren billigen
Ostereinkauf
machen.

Sehr gute
Apfel 4 Pfd. nur . . . -98
Orangen blond 2 Pfd. -98
Orangen Paterno 2 . . . 1.10
Zitronen große 7 Stk. -98
Blumenkohl Stück -50
Kopfsalat Stück -38 -48
Spinat 5 Pfd. -98
Frühgefärbte **Ostereier**
4 Stück -98
Osterhasen billigst

Bin
Gründonnerstag
den ganzen Tag auf dem
Marktplatz mit
**frischen u. gefärbten
Eiern**
FRAU BERGELT

Zu
Ostern
leicht beschuht
leicht bezahlt

die Auswahl hat
**Schuhhaus
STAUB**
Ettlingen
Kinderschuhe
besonders billig

Heute Schlachttag

im
Gasthaus z. Hirsch
Wurstverkauf über die Straße

Unkraut-Ex

schaft unkrautfreie
Wege und Plätze.
Sicher zu haben in der
Badenia = Drogerie
R. Chemnitz
Ettlingen

Bad. Staatstheater Karlsruhe

Spielplan vom 12. bis 14. April 1952
Großes Haus:
Samstag, 12., 19.30 Uhr Bei freiem Kartenverkauf „Die
Jüdin“ Große Oper von J. F. Halévy
Sonntag, 13., 19.30 Uhr 18. Vorstellung für die Premieren-
und freier Kartenverkauf „Ein Maskenball“ Oper von
Giuseppe Verdi
Montag, 14., 14.30 Uhr Bei freiem Kartenverkauf „Maske
in Blau“ Große Revueoperette von Fred Raymond
19.30 Uhr Zum 20. Male „Martha“ Komische Oper von
Friedrich v. Flotow (Sondervorstellung zu ermäß. Preisen)
Schauspielhaus:
Sonntag, 13., 19.30 Uhr „Die Frau des Bäckers“ Schauspiel
von Marcel Pagnol
Montag, 14., 20.00 Uhr „Die Komödie der Irrungen“ von
William Shakespeare



Warum
Experimente
machen?
Seifix
bohntert glänzend
heute besser denn je!
Das Edelwachs in der Dose — mühelos prachtvoller Hoch-
glanz und frischer Duft. Kein Kleben, kein Schmierern.
Thompson sorgt für Glanz und Frische
Glanz durch Filo und Seifix, Frische durch das rote Waschpulver-Paket

Waldstraße 3 **DIE INSEL** Telefon 26
Leitung: Erich Schudde und Werner Wedekind
Beginn der Vorstellungen jeweils 20 Uhr

Gründonnerstag, 10., „Deutsche Passion“ von Kurt Bessi
Karfreitag, 11., „Deutsche Passion“
Samstag, 12., Keine Vorstellung
Ostersonntag, 13., Keine Vorstellung
Ostermontag, 14., Erstmals Peter Paul Althaus
... in der Traumstadt ... Rezitation mit Musik von Debussy
Dienstag, 15., „Die Matrone von Ephesus“ Lustspiel von
G. E. Lessing und „Ein Phönix zuviel“ Lustspiel von
Christopher Fry

Arbeitsamt Karlsruhe (offene Stellen)

1 Bogenstecher	1 Verw. Elektro-Kaufmann für
1 Uml. ucker	Größhandel und Inst.-Geschäft
1 junge Bäcker und Metzger	1 Fakturist für Grobwaren b. 35 Jahre
1 Konditor	1 Großrechenhilfsmittel
1 junge Friseurgehilfen	1 Werkzeugkonstrukteur
1 Kernmacher, erste Kraft	Schwachstromingenieur (TH)
1 Banenschlosser, A- und E-Schweißen	1 junge Hochbauingenieur (TH)
und Anschlägen	1 Maschinenzeichner
1 Kfz.-Handwerker, Führerschein Kl. II	2 Küchenhilfen, bis 30 Jahre, mit
1 Universaldreher, erste Kraft	Kost- und Wohnung
1 Bohrwerkzeugreher, erste Kräfte	1 Bedienung, bis 20 Jahre, mit guter
1 Langhobler, erste Kraft	Garderober
1 Horizontalbohrer	1 Stickerin für Adlerstickmaschine
1 Radialbohrer	1 Stickerin für Handrundstickma-
1 Drahtzieher, Stahl- und E-Metalle	schine
1 Glühbirn. Cablonner	1 Korsettmaschinenführerin
1 Rep. Schlosser für Drahtschichtma-	2 Herrenschneiderinnen
schinen	mehrere Motorführerinnen (18-25 J.)
1 Kfz.-Handwerker, Fondspezialist	2 perfekte Strumpfknäherinnen
1 Zahnmechaniker, halbtags	1 Modistin, tüchtige Kraft, ab 24 Jahre
1 Radio-Mechaniker, bis 30 Jahre,	1 Schuhputzerin
Ultra- und Antennenbau	1 Korsett- und Weißzeugnäherin
2 Feinmechaniker	1 Skalenzichnerin
2 Metallschleifer	1 Malerin
2 Eichmechaniker	6 Anstalts-Präparatorinnen
1 Motorradmechaniker, NSU-Spezia-	1 junge ledige Stenotypistinnen für
list	Industrie und Behörde
1 Jungkoch, 18-22 Jahre	perfekte Stenotypistinnen für An-
1 Saucier für erstes Hotel, gute	waldtätige
Einrentier, Fachkenntnisse erlorn-	1 junge Lebensmittelverkäuferinnen
entlich, m.g. Bezahlung	Möbelverkäuferin mit französischen
1 Kellner, gute Erziehung mit	Sprachkenntnissen
Frühgarderobe	Textilverkäuferin für Kaufhaus am
1 Kellner-Camorra, für Salon	Oberheim
(Schwarzwald)	technische Zeichnerinnen für Indu-
1 Kellner-Commis, für erstes Hotel	striebetrieb
in Karlsruhe	2 perfekte Haushälterinnen
2 kaufm. Angestellte bis 22 Jahre	1 Krankenschwester für Sanatorium
1 Radio-Verkäufer mit guten techn.	im Schwarzwald
Kenntnissen, bis 25 Jahren	8 Kindergärtnerinnen
2 Feinkontrollanten, bis 22 Jahre	

Das Arbeitsamt Karlsruhe hat für Beschäftigte Abendprechstunden eingeführt,
und zwar mittwochs von 17 bis 19 Uhr.



Billig auf die Dauer
ist nur Qualität!

Das ist einer der Grundsätze unseres Geschäfts. Des-
wegen beginnen unsere niedrigsten Preislisten dort,
wo wir uns noch dafür verbürgen können, wirklich
Gutes zu liefern. Denn Sie wollen ja nicht nur für heute
und morgen kaufen, sondern mit Ihrer Kleidung
auf Jahre hinaus zufrieden sein.

- | | |
|----------------|--------------------|
| Sacco-Anzüge | von 98.— bis 215.— |
| Sport-Sacco | . 39.50 . 115.— |
| Einzelhosen | . 28.— . 78.— |
| Trenchcoat | . 65.— . 125.— |
| Cheviot-Mäntel | . 98.— . 215.— |
| Gabard.-Mäntel | . 128.— . 188.— |
- W.K.V. 1888

Man kauft, wo man vertraut!



KARLSRUHE - KAISERSTR. 170 (NAHE HAUPTPOST)

CAPITOL Heute letzter Tag „Hanna-Amon“
Mittw. und Donnerst. „Ja, ja die Lieb“ mit Hans Söbner,
Ingrid Bergmann u. a. - Wochentags 20 Uhr.

ULI
Heute letzter Tag „Wenn die Abendglocken läuten“
Mittwoch und Donnerstag „Der Kreuzschreiber“ Ein heit-
eres Volkstück mit Fritz Kampers, Lucie English u. a.
Wochentags 18.15 und 20.30 Uhr.

Rheinwasserstand am 7. 4.: Konstanz 340 (-2)
Rheinfelden — (-) Breisach 256 (-20)
Straßburg: 375 (-21) Maxau 593 (-31)
Mannheim 575 (-40) Caub 528 (-54)

Wettervorhersage
Dienstag und Mittwoch bei südwestlichen
Winden heiter bis wolkgig und niederschlags-
frei. Tagestemperaturen über 15 Grad, zum
Teil bis nahe 20 Grad ansteigend. Nächtl.
Tiefsttemperaturen nicht unter fünf Grad.
Barometerstand: Veränderlich
Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +9°

ETTLINGER ZEITUNG
Südd. Heimatzeitung für den Alb-
gau. Verantwortlicher Herausgeber:
A. Graf. — Druck und Anzeigen-
Annahme: A. Graf, Ettlingen, Schül-
bronner Straße 5, Tel. 37 487

Kleinanzeigen können Sie tele- fonisch aufgeben Ruf 37 487

Unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwe-
ter und Tante
Emilie Schumacher
Straßenoberbaumeisterwitwe
hat Gott der Herr, am 6. April, im Alter von 70 Jahren zu
sich heimgeholt.
In tiefer Trauer
Elisabeth Gladitsch geb. Schumacher
Herbert Gladitsch und Tochter Renate
Emmendingen / Ettlingen, den 7. April 1952
Beerdigung in Ettlingen am Mittwoch, den 9. April 1952, 15.30 Uhr

Umschau in Karlsruhe

Auslieferung von Kroupa gefordert
 Karlsruhe (sw). Der Landesverband der vertriebenen Deutschen Badens hat auf einer Vorstandssitzung in Karlsruhe von der französischen Regierung die Auslieferung von Franz Kroupa verlangt. In einer Entschliessung wird darauf hingewiesen, daß die westlichen Alliierten vom deutschen Volk und damit auch von den zehn Millionen Heimatvertriebenen erwarteten, daß sie sich für die Verteidigung der christlich-abendländischen Kultur einsetzen. Dies könne man jedoch nur dann erwarten, wenn alle Völker vor den Gesetzen und den von den westlichen Alliierten verkündeten Menschenrechten gleich seien. Kroupa müsse deshalb vor ein amerikanisch-deutsches Gericht gestellt und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit abgeurteilt werden.

Wildwest in Karlsruhe
 Karlsruhe (sw). Ein Überfall, der stark an die Vorgänge in Wildwestfilmen erinnert, wurde in Karlsruhe von einem Negeroldaten auf einen Taxifahrer verübt. Der Fahrer, der den Soldaten in eine Kaserne fahren wollte, wurde in einem unbewohnten Gebiet von dem Fahrgast aufgefordert, anzuhalten und sein Geld auszuhändigen. Trotzdem der Soldat das Geld sofort erhalten hatte, zerschritt er mit einem Dolch die Reifen des Wagens und verfolgte dann den Fahrer, der inzwischen die Flucht ergriffen hatte. Ein inzwischen herbeigekommener Polizist, der den Schwarzen festhalten wollte, wurde von diesem mit dem Messer angegriffen und erheblich verletzt. Der Polizist machte daraufhin von seiner Schusswaffe Gebrauch und verletzte den Soldaten an der Schulter. Eine motorisierte Streife der Militärpolizei konnte den Soldaten schließlich festnehmen.

Karlsruhe. Der Präsident des Landesbezirks Baden, Wirtschaftsminister Dr. Veit, hat der Gattin des verstorbenen Oberbürgermeisters der Stadt Heidelberg, Dr. Hugo Swart, in einem Schreiben sein Beileid ausgedrückt. (sw)

Durlach. Bei der Beisetzung des verstorbenen Altseniors der Kolpingfamilien der Erzdiözese Freiburg und Geschäftsführers des Karlsruher Kolpinghauses, Eugen Bronner, gab Diözesanpräses Dr. Stiefvater die Gründung einer „Eugen-Bronner-Stiftung“ bekannt. (CND)

Aus der badischen Heimat

Heidelberg. Der Privatdozent für Psychologie an der Universität, Dr. Wilh. Wille, ist zum außerplanmäßigen Professor ernannt worden. (sw)

Mannheim. Aus bisher unbekannter Ursache ist bei Mannheim ein Lieferwagen in Brand geraten. Der Fahrer erlitt dabei erhebliche Brandwunden und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden. (sw)

Weinheim. Der Reiterring Bergstraße wird am Sonntag, 20. April, entlang der Bergstraße einen „Blütenritt“ durchführen, der für die Pferdezucht und für den Reitsport werden soll. (sw)

Motorisierte Wilddiebe
 Sinsheim (sw). Das Schöffengericht Sinsheim verurteilte zwei Sinsheimer Geschäftsleute wegen Wilderei zu neun und zehn Monaten Gefängnis. Die beiden Wilddiebe pilgerten nachts mit dem Auto in Schwetzingen Revieren auf „Jagd“ zu fahren. Sie blendeten Hasen und Rehe mit dem Autoscheinwerfer und schossen dann die hilflosen Tiere mit einem Karabiner oder einer Schrotflinte ab. Insgesamt konnten den Verurteilten acht Fälle von Jagdfrevel nachgewiesen werden. Der Staatsanwalt hatte für einen der Angeklagten zwei Jahre und für den zweiten ein Jahr und neun Monate Gefängnis beantragt. Der Vertreter der Anklage war außerdem der Ansicht, daß außer den Waffen auch das Kraftfahrzeug eingezogen werden sollte. Das Gericht sah jedoch von der Einziehung des Autos ab.



Er ist nicht der Attentäter
 Mit einer Aktentasche verdeckte Karl Georg Reiter alias Marion alias Morscher sein Gesicht, als er, an einen Kriminalbeamten gefesselt, den Münchener Hauptbahnhof verließ. Die Untersuchung ergab jedoch daß der Verdächtige mit dem Attentatsversuch auf den Bundeskanzler nichts zu tun hatte

Vor Entscheidungen in der Schulfrage?

Schenkel: Lehrerschaft für Simultanschule

Bad Freyersbach (sw). Der württemberg-badische Kultminister Dr. Gotthilf Schenkel forderte auf einer Vertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Baden, in Bad Freyersbach die Lehrerschaft auf, sich hinter die Verteidiger der christlichen Gemeinschaftsschule zu stellen. Dr. Schenkel meinte, die nächsten Tage würden im Südwestraum entscheidende Entschliessungen und Entscheidungen auf schulpolitischen Gebiet bringen, hierbei hätte die Organisations der Lehrerschaft eine wesentliche Aufgabe zu erfüllen.

Der Landesdirektor der Abteilung Gesundheit und Unterricht des Landesbezirks Nordbaden, Ministerialdirektor Dietrich, meinte die Lehrer müßten wie vor 76 Jahren um die christliche Simultanschule ringen, denn mit dieser Schule falle oder stehe das Schulproblem Gesamtbaden.

Der erste Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrerverbände, Obersektar Dr. Träger, Hamburg, forderte die Lehrer auf, sich im Interesse der Kinder und der Schule in das politische Leben einzuschalten. Aus pädagogischen Gründen müßten sie ihre Forderung durchsetzen. Dr. Träger lehnte jeden Totalitätsanspruch ab, da dieser auf der Weg führen müßte, den die Sowjetzone gegangen sei. Für die Erhaltung der badischen Simultanschule sicherte er der badischen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft die

Unterstützung des Gesamtverbandes der deutschen Lehrerschaft zu.

DVP/FDP berät CDU-Memorandum
 Stuttgart (sw). Die DVP/FDP-Fraktion der Verfassunggebenden Landesversammlung der Landesvorstand der DVP Württemberg-Badens und das Direktorium der südwestdeutschen FDP werden am 17. und 18. April in einer gemeinsamen Sitzung in Stuttgart das Memorandum der CDU über die wichtigsten Fragen des Aufbaues des neuen Bundeslandes erörtern.

Abschluß der Entnazifizierung
 Gemeinsames Gesetz für den Südwesten
 Karlsruhe (sw). Von den Leitern der Entnazifizierungsbehörden in den Ländern Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden wird gegenwärtig ein Gesetzentwurf zum Abschluß der politischen Säuberung im neuen südwestdeutschen Bundesland ausgearbeitet. Die Leiter dieser Dienststellen, die Hauptberichte-statter für politische Befreiung im Innenministerium in Stuttgart, Regierungsdirektor Schröter, sowie die Staatskommissare für die politische Säuberung in Tübingen und Freiburg, Landgerichtsdirektor Mayer und Oberbürgermeister A. D. Gremmlacher, sind bereits in Stuttgart und in Freiburg zu gemeinsamen Beratungen zusammengekommen.

Karlsruhe u. Stuttgart sind „Geburtsstädte“

In der ersten Maiwoche: Ausgabe der neuen 5-DM-Stücke

Ursprünglich sollten sie schon zu Weihnachten vergangenen Jahres den Sprung aus der Münze über die Landeszentralbanken in die mehr oder weniger gefüllten Portemonnaies der Bundesbürger tun: die neuen 5-DM-Stücke. Irgendwie verzögerte sich aber die Ausgabe. Einestells war man auch gar nicht böse drum. Hartgeld ist zwar — angeblich — ein Zeichen von Wohlstand und Währungsstabilität, andererseits füllen einige Geldstücke, ob nun 2- oder 5-Märker, spielt keine Rolle, allzu schnell den Beutel zum prallen Umfang, an dem man im wahrsten Sinn des Wortes schwer zu tragen hat. Geldscheine sind handlicher. Daran ist nicht zu rütteln. Und auch der Vermögensstand von einer Stunde zur anderen läßt sich mit einem Blick übersehen. „Da hat man 'nen ganzen Seck voll Münz in der Tasche und doch nichts zu knabbe“, nuschelt mit guttümlichem Blick Papa Huber, denkt an die „gute alte Zeit“ und läßt in Gedanken die längst verschwundene Substanz echter Blauer und Brauner. Einige Goldfische natürlich ebenfalls. Ja, ja, das waren noch Zeiten...

Aber heute! Mit diesen vermaledeiten neuen 5-DM-Stücken ist er um und nun herein gefallen. Neulich erst wieder auf der Tram hat er so'n „Dings“ für 'nen Märker gehalten. Ganz dappig schaute er drein, als er glaubte, der Schaffner habe ihm zuviel herausgegeben. Und vielen anderen erging es ebenso. Beim Metzger, an der Kinokasse, im Warenhaus und am Bahn- und Postschalter. Diese Münze hat sich tatsächlich nicht bewährt. Die Schwierigkeiten im Geschäftsverkehr beweisen es tagtäglich. Sie wird eben gar zu leicht mit dem 1-Mark-Stück verwechselt.

Das neue 5-DM-Stück ist natürlich größer. Zu Verwechslungen dürfte es nicht führen. Bereits in den Tagen der ersten Maiwoche wird man es erstmalig auf den Zahnbrettern der Kaufhäuser klinkern hören. 80 Millionen 5-DM-Stücke erblickten in den letzten Monaten „das Licht der Welt“. Ihre Geburtsstätten waren die Prägestätten der Bundesrepublik, und zwar München, Hamburg, Karlsruhe und Stuttgart. Die neuen Stücke tragen die entsprechenden Prägezeichen D, J, G und F.

Etwas um die Mitte des nächsten Monats herum werden die bisherigen Papiergeldscheine zu 5 DM aus dem Verkehr gezogen, die am 9. Dezember 1948 zur Ausgabe gelangt waren.

Seit Jahrhunderten wird die Gestaltung der Münzen und Geldscheine von den mit der Herstellung beauftragten Stellen in allen Ländern in einer Souveränität vorgenommen, die lebhafteste Erinnerung an diktatorische Maßnahmen wachruft. Ohne Rücksicht auf die Notwendigkeiten der Praxis werden Münzen geprägt, die zu Schwierigkeiten im Geschäftsverkehr führen müssen. Viele Länder könnten hier als Beispiel angeführt werden. Interessant ist es, einmal den Fragebogen des Staates an Münzgold festzustellen. Demnach kostet den Staat ein Pfennig-Stück 0,90 Pfennig, ein 2-Pfennig-Stück 1 Pfennig ein 5-Pfennig-Stück 1,7 Pfennig, ein 10-Pfennig-Stück 2 Pfennig, ein 50-Pfennig-Stück 2,5 Pfennig, ein 1-Mark-Stück 4 Pfennig, ein 2-Mark-Stück 5 Pfennig und das neue 5-Mark-Stück ca. 12 Pfennig.

Aus dieser knappen Aufstellung geht eindeutig hervor, daß das Interesse des Staates am 1- und 2-Pfennig-Stück nicht besonders groß ist. Merkwürdigerweise schätzt der Staat das Papiergeld mehr als man annehmen könnte. Dagegen ist die „Kundschaft“ weit mehr an der Frage interessiert, was man mit den einzelnen Geldsorten an wirklicher Kaufkraft eintauschen kann. Das Sprichwort „Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert“, hat zwar seinen einstigen Nimbus eingebüßt, nicht aber seine volkswirtschaftliche Gültigkeit.

Zwei Bauarbeiter stürzten ab

Pforzheim (sw). Zwei Arbeiter stürzten von dem vier Meter hohen Dach des Elektrizitätswerk-Neubaus in Pforzheim auf den Betonboden. Einer von ihnen, ein 40-jähriger Arbeiter aus Ernstmühl (Kreis Calw), trug lebensgefährliche Verletzungen davon. Der andere Arbeiter wurde ebenfalls schwer verletzt, befindet sich aber nicht in Lebensgefahr. Da zur Zeit des Unfalls nur die beiden Arbeiter an der Unfallstelle waren, konnte der Hergang noch nicht geklärt werden. Man vermutet jedoch, daß die beiden durch eigene Unvorsichtigkeit beim Durchsteigen eines Balkens abgestürzt sind.

Großmutter als Zielscheibe

Pforzheim (sw). Eine Großmutter schenkte ihrem Enkel zum Geburtstag ein Luftgewehr. In Ermangelung eines besseren Einfalles benutzte der 10-jährige die Spenderin als Zielscheibe. Die körperlich behinderte Frau konnte sich gegen die Schiedswut des Jungen nicht zur Wehr setzen. Durch das johlende Beifallsgerusch der Spielkameraden wurde der Vater des „Scharfschützen“ angeockt. Er bereitete dieser unvorhergesehenen Art von Geburtstagsvergnügen ein rasches und „schlagfertiges“ Ende.

Verkehrsunfall unter Alkoholeinwirkung

Offenburg (sw). In einer der letzten Nächte wurde ein angetrunkenen Kraftfahrer, der mit einem Sozius durch Oppenau fuhr, infolge allzuhoher Geschwindigkeit aus der Kurve getreten. Dabei prallte er mit einem entgegenkommenden Radfahrer derart zusammen, daß letzterer einen Schädelbruch und eine schwere Gehirnerschütterung erlitt und mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

24 Christusfiguren entwendet

Offenburg (sw). Auf dem Gemeindefriedhof in Haslach bei Oberkirch entwendeten bisher unbekannte Diebe während der Nacht insgesamt 24 Christusfiguren von Grabstätten. Die Polizei konnte vorläufig nur die Fußspuren der Burschen sichern.

Freiburg (sw). Eine Volksschulbehörde in Freiburg hat die Aufnahme eines Mädchens in die Volksschule zu Ostern abgelehnt, weil es um zwei Stunden zu spät zur Welt gekommen war. Das Kind wurde am 1. April nachts um 2 Uhr geboren, der Stichtag für die Aufnahme in die Volksschule ist jedoch der 31. März. Die Aufnahme wurde verwweigert, obwohl das Kind die volle Schulreife besitzt. Eine Eingabe der Eltern wurde vom Kultministerium abgelehnt.

Ein Hotel für drei Millionen DM
 Große Pläne der Stadt Freiburg
 Freiburg (sw). In Freiburg soll noch in diesem Jahr der Bau eines großen internationalen Hotels mit einer Kapazität von 100 Betten in Angriff genommen werden, um dem durch die Kriegszerstörung verursachten Mangel an Fremdenbetten abzuhelfen. Zu diesem Zweck ist die „Colombiapark-Gesellschaft“ gegründet worden. Das Projekt soll etwa drei Millionen DM kosten.

Wie der Freiburger Oberbürgermeister Dr. Hoffmann mitteilte, soll auf dem Trümmergrundstück des ehemaligen Bertholdgymnasiums ein Amerikahaus errichtet werden, dessen Bau auf mindestens eine Million DM zu stehen kommt. Außerdem soll das frühere Theaterfoyer in einen Kongreß-Saal für 350 bis 400 Personen umgestaltet werden. Auch hier seien die Pläne schon ziemlich weit ge-

Um zwei Stunden zu spät geboren
 Freiburg (sw). Eine Volksschulbehörde in Freiburg hat die Aufnahme eines Mädchens in die Volksschule zu Ostern abgelehnt, weil es um zwei Stunden zu spät zur Welt gekommen war. Das Kind wurde am 1. April nachts um 2 Uhr geboren, der Stichtag für die Aufnahme in die Volksschule ist jedoch der 31. März. Die Aufnahme wurde verwweigert, obwohl das Kind die volle Schulreife besitzt. Eine Eingabe der Eltern wurde vom Kultministerium abgelehnt.

Ein Hotel für drei Millionen DM
 Große Pläne der Stadt Freiburg
 Freiburg (sw). In Freiburg soll noch in diesem Jahr der Bau eines großen internationalen Hotels mit einer Kapazität von 100 Betten in Angriff genommen werden, um dem durch die Kriegszerstörung verursachten Mangel an Fremdenbetten abzuhelfen. Zu diesem Zweck ist die „Colombiapark-Gesellschaft“ gegründet worden. Das Projekt soll etwa drei Millionen DM kosten.

Wie der Freiburger Oberbürgermeister Dr. Hoffmann mitteilte, soll auf dem Trümmergrundstück des ehemaligen Bertholdgymnasiums ein Amerikahaus errichtet werden, dessen Bau auf mindestens eine Million DM zu stehen kommt. Außerdem soll das frühere Theaterfoyer in einen Kongreß-Saal für 350 bis 400 Personen umgestaltet werden. Auch hier seien die Pläne schon ziemlich weit ge-

Kopfläuse
 wandern leicht über - auch Ihr Kind kann davon befallen werden
Goldgeist
 KONTAKT INSEKTIZID
 vernichtet Kopf- u. Filzläuse radikal nach einmaliger Behandlung
Badenia-Drogerie
 Rudolf Chemnitz, Leopoldstraße

Jung und schön
 soll doch auch Ihr Holzboden bleiben. Deshalb pflegen Sie ihn mit BODOSAN-Farbglanzwachs; es führt ihm die nötigen Nährstoffe zu und bewahrt ihn vor allzu frühem Abtreten.
BODOSAN
 Farbglanzwachs
 Drogerie Schimpf, Inh. W. Lehmann

dienen. Ein weiterer Plan des Oberbürgermeisters geht dahin, im Holderlo-Gebiet südlich der Stadt einen großen Natursee anzulegen, da sich die vor dem Kriege erbaute Strandbadeanlage an der Dreisam infolge des Anwachsens der Stadt als zu klein erwiesen hat. Der Oberbürgermeister hofft, für diesen Plan die Freiburger Sportvereine interessieren und sie unter Umständen für das Projekt gewinnen zu können.

Freiburg. Die Städtischen Bühnen Freiburg bringen am Karfreitag in einer Neuzusammenstellung Richard Wagners Bühnenweihfestspiel „Parsifal“. (ds)

Attentats-Verdächtiger wieder freigelassen
 Weil am Rhein (sw). Ein 23-jähriger deutscher Student, der von der Kriminalpolizei an der deutsch-schweizerischen Grenze bei Weil-Otterbach im Zusammenhang mit dem mißglückten Sprengstoffanschlag auf Bundeskanzler Dr. Adenauer verhaftet worden war, ist nach eingehenden Ermittlungen wieder freigelassen worden. Die ursprünglichen Verdachtsmomente haben sich nicht bestätigt. Der Student hatte sich beim Schweizer Konsulat in Baden-Baden verständig gemacht, als er nach Dienstschiuß dringend um ein Transvisum durch die Schweiz nachsuchte. Der Student konnte inzwischen seine Reise nach Rom fortsetzen.

Nächtlicher Kaffeeschmuggel
 Lörrach (sw). Eine deutsche Zollstreife nahm in der Nacht zum Montag an der deutsch-schweizerischen Grenze bei Lörrach zwei Schmuggler fest, die versuchten, mit einem Personenkraftwagen 90 Pfund Bohnenkaffee unverzollt in das Bundesgebiet einzuführen. Die Verhafteten waren mit ihrem Fahrzeug an einer abgelegenen Stelle über die „Grüne Grenze“ gekommen. Wie die Vernehmung ergab, handelt es sich bei den Schmugglern um zwei in Basel ansässige Deutsche.

Lörrach. Der Verband der badischen Textilindustrie, der bisher seinen Sitz in Schopfheim hatte, hat seine Geschäftsräume am 1. April nach Lörrach, Wallbrunnstraße 3, verlegt. (ds)

Falscher Doktor wurde Religionslehrer
 Konstanz (sw). Bereits 1940 hatte sich ein 42-jähriger Mann aus Gronau in Westfalen den Dokortitel zugelegt und sich als Studienrat ausgegeben, obwohl er zwar vier Jahre lang Theologie studiert, das Studium aber nicht abgeschlossen hatte. Nach der Währungsreform bewarb er sich beim Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe um eine Stelle als Religionslehrer und legte dabei gefälschte Papiere vor. Er wurde auch tatsächlich als Religionslehrer an einem Konstanzer Gymnasium angestellt und erhielt den Titel eines Studienrats. Erst als er sich bei der Zentralstelle für Flüchtlinge meldete, wurden seine Papiere als falsch erkannt. Der ganze Schwindel kam nun heraus. Die Große Strafkammer in Konstanz verurteilte den falschen Doktor jetzt zu einseinhalb Jahren Gefängnis.

Konstanz. Die DLRG beschloß auf einer außerordentlichen Hauptversammlung in Konstanz, einen einheitlichen Jugend-Schwimmbeß für die Bundesrepublik einzuführen. (UP)

Aus den Nachbarländern

Väterlichen Hof angezündet

100 000 DM Schaden durch Geistesgestörten
 Schwäbisch Gmünd (sw). In dem Gehöft eines Bauern in Kennaten im Kreis Schwäbisch Gmünd brach ein Brand aus, der trotz des Eingreifens mehrerer Feuerwehren das Anwesen einäscherte. Das gesamte Mobiliar und die landwirtschaftlichen Maschinen fielen den Flammen zum Opfer, während das Vieh gerettet werden konnte. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 100 000 DM. Die Untersuchungen nach der Brandursache ergaben schließlich, daß der 37-jährige Sohn des Bauern, der eine schwere Rückenmarksverletzung hat und zeitweise geistesgestört ist, das Haus angezündet hatte. Der Täter legte ein volles Geständnis ab. Er wurde in eine Heilanstalt überwiesen.

Scheune und Stall niedergebrannt

In Oberdorf bei Tübingen brannten am Freitag Scheune und Stall eines Bauernhofes bis auf die Grundmauern nieder. Futtermittel und landwirtschaftliches Gerät verbrannten. Das Vieh konnte gerettet werden. Der Schaden wird auf 70 000 DM geschätzt.

Freiheitsfahne kommt nicht nach Bonn

Kirchheimbolanden (lrp). Der Stadtrat von Kirchheimbolanden lehnte einstimmig die Forderung des Regierungspräsidenten in Neustadt/Weinstraße ab, aus ihrem Besitz die schwarz-rot-goldene Fahne der pfälzischen Freiheitskämpfe von 1848 als dauernde Leihgabe nach Bonn zu geben. Die historische Fahne sollte neben anderen Erinnerungstücken für die Dekoration des Plenarsaales im Bundeshaus verwendet werden.

30 Zentner Kaffee verschoben

Zweibrücken (lrp). Die Ermittlungen gegen eine internationale Bande von Kaffeeschmugglern wurden jetzt abgeschlossen. Zwei Elsässer und drei Spanier führten insgesamt 30 Zentner Kaffee unverzollt aus Frankreich in das Bundesgebiet ein. Ein 36-jähriger Elsässer

